

Die Kohlenversorgung Deutschösterreichs.

In der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung am 4. April 1919 brachte Abgeordneter Heindl eine Anfrage ein, betreffend die Kohlenversorgung Deutschösterreichs.

Staatssekretär Ing. Zerdik beruft sich in Beantwortung dieser Anfrage zunächst auf seine Rede vom 12. Dezember 1918, in welcher er über die kritische Lage sprach, in die Deutschösterreich hinsichtlich der Deckung seines Kohlenbedarfes geraten ist, als das alte Österreich zusammenbrach. Der monatliche Brennstoffbedarf Deutschösterreichs ohne Deutschböhmen und das Sudetenland beträgt 1.150.000 t Kohle und 110.000 t Koks, von welchem durch Produktion im Bereich des deutschösterreichischen Hoheitsgebietes nur die verschwindende Menge von 130.000 t, also zirka ein Zehntel des Bedarfes gedeckt wird; neun Zehntel müssen durch Zufuhren aus dem Auslande sichergestellt werden.

Von den Kohlenvorräten des alten österreichischen Staates, die auf 46 Milliarden Tonnen Einheitskohle von fachmännischer Seite geschätzt wurden, entfällt auf Deutschösterreich nur zirka eine Viertelmilliarde, also ein halbes Prozent.

Im letzten Friedensjahre (1913) entfiel von der Gesamtförderung Österreichs auf die deutschösterreichischen Bergbaue ungefähr ein Fünftel, woraus schon allein erhellt, daß bei intensivster Steigerung der Kohlenproduktion nur ein geringer Teil des Kohlenbedarfes durch eigene Erzeugung gedeckt werden kann. Wollte man den gesamten Kohlenbedarf Deutschösterreichs durch inländische Kohle decken, so wären unsere Kohlenfelder in zirka 20 Jahren total erschöpft. Während der Kohlenvorrat in Deutschösterreich mit einer Viertelmilliarde errechnet wurde, erscheint der Kohlenvorrat in den in Deutschböhmen gelegenen Revieren mit mehr als 11 Milliarden geschätzt.

Diese Streiflichter beleuchten grell, was für Deutschösterreich der endgültige Verlust der deutschen Gebiete Böhmens bedeuten würde. Wenn nicht schon die heiße Liebe zu unseren Nationengenossen für uns Veranlassung zu zähen Kämpfen um diese Gebiete bedeutete, so müßte die Sorge um unsere Existenz uns diesen Kampf aufzwingen. Denn die Sicherstellung des Kohlenbedarfes ist die unerläßlichste Voraussetzung des Wiederaufbaues für die Wirtschaft in Deutschösterreich, ins solange wir nicht eine schwere Unterlassungssünde des „ancien regime“ gutgemacht und den kostbarsten Schatz unserer Alpen, die Wasserkräfte, zur Gänze der Volkswirtschaft nutzbar gemacht haben.

Der Ausbau der Wasserkräfte läßt sich auch bei forcierter Tätigkeit nicht von heute auf morgen bewerkstelligen, und so drängt sich unmittelbar der Gedanke auf, durch Erschließung neuer Kohlenbergbaue in unserem Hoheitsgebiet und durch Steigerung der Förderung in den bestehenden Bergbaubetrieben Deutschösterreichs den eigenen Kohlenertrag zu heben und über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen, bis durch die ausgebauten Wasserkräfte, durch die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche und durch geordnete Handelsbeziehungen zu den Sukzessionsstaaten in diesem Belange Hilfe kommt. Die Regierung hat diesem Gedanken stets Rechnung getragen; dem praktischen Erfolg haben sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt.

Die Zahl der deutschösterreichischen Bergbaue, die 1913 42 betrug, wurde zwar auf 59 vermehrt, doch ist die Menge der erzeugten Kohle gegenüber der Zeit vor dem Kriege wesentlich geringer; während die deutschösterreichischen Kohlenbergbaue im Jahre 1913 monatlich 2·3 Millionen Zentner geliefert haben, war die monatliche Förderung im Jänner und Februar 1919 wenig über 1·5 Millionen Zentner. Die Ursachen liegen im folgenden: Es fehlt gerade gegenwärtig bei den leistungsfähigsten Bergbauen an geschulten Bergarbeitern.

Dies kommt daher, weil viele der slawischen Bergarbeiter, die geschult und namentlich beim steirischen Kohlenbergbau beschäftigt waren, nach dem Zusammenbruche fortgezogen sind und nur zum Teile wieder ersetzt werden konnten. Dies erklärt, warum die Förderung, trotzdem der Arbeiterstand beim deutschösterreichischen Kohlenbergbau derzeit höher ist als im Jahre 1913, hinter der Förderung 1913 zurückbleibt. Es könnten beim Kohlenbergbau in Deutschösterreich sofort 1.500 Bergarbeiter Beschäftigung finden, doch müßte die Hälfte davon geschult sein. Leider besteht unter den Arbeitslosen nur eine geringe Neigung, sich dem Bergmannsberufe zuzuwenden und auch eine Rückwanderung deutscher Bergarbeiter aus den böhmischen Revieren ist vorläufig nicht zu bemerken. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege von 7 q pro Schicht auf 4·5 q, also sehr bedeutend, gesunken. Die geringere Leistung ist zum Teile verursacht durch den Zustand der während der Kriegszeit überanstrengten Betriebseinrichtungen, zum Teile durch die infolge schlechter Ernährung herabgesetzte körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter, weiter durch Verwendung zahlreicher ungeschulter Arbeiter und durch Verkürzung der Arbeitszeit durch die Achtstundenschicht, welche bei allen Kohlenbergbauen sowohl für die Gruben als auch für die Tagarbeiter eingeführt worden ist. Eine nachhaltige Erhöhung der Förderung ließe sich durch die Ausgestaltung der Förderanlagen und die Instandsetzung der Betriebseinrichtungen erzielen.

Die Bergbauunternehmungen haben sich der Notwendigkeit, leistungsfähige Förderanlagen zu errichten, neue Maschinen aufzustellen und den Aufschluß der Kohlenfelder zu beschleunigen, nicht verschlossen, und insbesondere bei den größeren Werken wird in dieser Richtung eine rege Tätigkeit entwickelt. Die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerksgesellschaft, deren Kohlenvorrat mit zirka 80 Millionen Tonnen errechnet wurde, beabsichtigt, noch in diesem Jahre im Wolfsegger Revier ein zweites Förderdrittel einzuführen, im Giselafelde den Kohlenabbau aufzunehmen, im Überackerfeld die Betriebseinrichtungen auszugestalten und zwei neue Förderanlagen für 30 und 40 Waggons Kohle im Tag in Sonnleiten und am Göbelsberge zu errichten. Durch diese Anlagen, zu denen noch die Errichtung neuer Anschlüsse an die Eisenbahnen hinzukommt, soll die Förderung um etwa 150 Waggons Kohle im Tag erhöht werden. Diese Vermehrung der Förderung wird zwar erst in zwei Jahren in vollem Ausmaß erreicht werden, doch kann schon im Laufe dieses Jahres mit einer Steigerung von 60 bis 80 Waggons täglich gerechnet werden. Die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft hat ein umfassendes Investitionsprogramm aufgestellt, um ihre Braunkohlenwerke Zangthal, Oberdorf, Rosenthal und Köflach im Köflach-Voitsberger Revier auszugestalten und mit modernen Betriebsmitteln, insbesondere mit Baggermaschinen auszurüsten. Im Wieser Kohlenrevier beabsichtigt dieselbe Unternehmung eine neue Kohlenförderanlage zu errichten.

Von kleineren Bergbauunternehmungen sind es insbesondere die Statzendorfer Kohlenwerke in Statzendorf, die Schrambacher Steinkohlegewerkschaft und die Steinkohlenbergwerk- und Kalkgewerkschaft Weyer, welche ihre Anlagen zu vergrößern im Begriffe sind.

Zur Frage der Eröffnung neuer Kohlenbergbaue möchte ich vor allem bemerken, daß der Aufschluß einer leistungsfähigen Kohlengrube meist einen sehr langen Zeitraum in Anspruch nimmt, eine sofortige Hilfe in der gegenwärtigen Kohlennot von der Inbetriebsetzung aller etwa gefristeten Grubenfelder nicht erhofft werden könnte. Deutschösterreich verfügt über kein einziges unaufgeschlossenes Kohlenvorkommen, aus dem in kurzer Zeit eine solche Förderung zu

erwarten ist, die für die Kohlenversorgung wesentlich ins Gewicht fallen könnte. So lange daher Mangel an geschulten Bergarbeitern herrscht und Maschinen sowie andere Betriebsmittel für den Bergbau nur schwer zu beschaffen sind, halte ich es für zweckmäßiger, die Kräfte nicht zu zersplittern, sondern die Bergarbeiter zunächst den in Betrieb stehenden Kohlenbergbauen zuzuführen und die Leistungsfähigkeit dieser Gruben zu steigern, weil hier eine Vermehrung des Arbeiterstandes und Verbesserung der Einrichtung in einer Erhöhung der Förderung in Erscheinung tritt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß, sobald Bergarbeiter und Betriebsmittel zur Verfügung stehen, auch an die Erschließung minder ergiebiger Grubenfelder geschritten werden muß. Schon jetzt ist namentlich in Steiermark eine größere Anzahl von kleineren Bergbauen in Betrieb, deren Förderung zwar zahlenmäßig wenig ins Gewicht fällt, aber für die Versorgung der Umgebung ihres Standortes mit Kohle von Wichtigkeit ist. Eine besondere Bedeutung kommt meines Erachtens der Wiederbelebung des Steinkohlenbergbaues in der Gegend von Lunz, Waidhofen, Ybbsitz und Weyer zu, wo in den Lunzer und Grestener Schichten Steinkohlenflöze auftreten, die, wenn sie auch infolge der Gebirgsfaltung außerordentlich gestört und von wechselnder, einen Meter selten übersteigender Mächtigkeit sind, eine für die Zwecke der Eisenindustrie vorzüglich geeignete Kohle führen. Ich habe mit allem Nachdrucke dahin gewirkt, damit diese Steinkohlenvorkommen, welche gegenwärtig nur in zwei kleineren Gruben ausgebeutet werden, in größerem Umfange zum Aufschlusse gelangen; es ist bereits eine Unternehmung in Bildung begriffen, an der sich insbesondere die Eisenindustriellen beteiligen werden und der voraussichtlich auch der Staat beitreten wird.

Wenn ich auch meine nächste Aufgabe im Interesse der Steigerung der Kohlenherzeugung darin erblicke, die Bergbauunternehmungen in ihren Bestrebungen auf Hebung der Kohlenförderung mit allen Mitteln zu unterstützen und andererseits dahin zu wirken, daß Leistungsfähigkeit und Arbeitslust der Bergarbeiter durch ausreichende Verpflegung und auskömmliche Löhne gehoben werde, so werde ich doch nicht unterlassen, mit aller gebotenen Strenge gegen jene Bergbauunternehmungen einzuschreiten, welche es ohne stichhaltige Gründe verabsäumen, ihrer gesetzlichen Betriebspflicht nachzukommen oder die zur Steigerung der Kohlenherzeugung ergangenen Aufträge zu erfüllen.

Zur Verringerung der Kohlennot hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten auch auf einem ihm bisher ferne gelegenen Gebiete Schritte eingeleitet. Sie bezwecken die Ausbeutung der Deutschösterreich in großen Mengen zur Verfügung stehenden Torfmoore. Diese wurden bisher nur im geringen Maße für die Gewinnung von Brenntorf oder Streutorf ausgenutzt, sie liegen auch landwirtschaftlich zum größten Teile brach.

Deutschösterreich hat bei 2.000 Torfmoore mit einer Fläche von fast 30.000 ha, wovon mindestens 20.000 ha für Brenn- und Streutorfgewinnung ausgebeutet werden können. Nur auf 346 (17%) der Moore bestanden bisher Torfstiche. Ihr Betrieb war jedoch nur ein Handbetrieb, bei welchem keine großen Mengen erzeugt werden können. Auf diesen 346 Mooren können allein 200.000 t Brenntorf und 30.000 t Streutorf ohne hohe Investitionen gewonnen werden. Maschinell gewonnener Preßtorf hat einen Heizwert, welcher dem einer mittleren Braunkohle (3.500 bis 3.800 Kalorien) gleichkommt, und eine Dichte, welche die nahezu vollständige Ausnutzung der Eisenbahnwagen zuläßt.

Mit einem Torfbagger lassen sich im Jahre 1.000 bis 1.200 Waggons Preßtorf erzeugen, wobei zu bemerken ist, daß der Torf nur durch drei bis höchstens vier Monate gestochen werden kann, damit er vor Winter lufttrocken wird.

Stichfähige Torfmoore stehen in fast allen Ländern, Kärnten, Tirol, Steiermark, Oberösterreich, Salzburg, zur Verfügung. Werden genug Maschinen in Betrieb gesetzt, so können jährlich 5.000 Waggons Brenntorf und 300 Waggons

Streutorf erzeugt werden, bei Aufstellung einer größeren Anzahl von Maschinen läßt sich die Erzeugung von Brenntorf unschwer auf 8.000 bis 10.000 Waggons jährlich steigern.

Gleichzeitig kann auch Torfstreu in großem Maße gewonnen werden, womit einem fühlbaren Mangel der Landwirtschaft abgeholfen wäre.

Schließlich sollen die abgetorften Flächen der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden, was in Rücksicht auf den verhältnismäßig hohen Stickstoffgehalt des Torfbodens besondere Aussichten auf Erfolg hat.

Die bezeichneten Momente haben das Staatsamt für öffentliche Arbeiten veranlaßt, gemeinsam mit dem Staatsamte für Landwirtschaft der Frage der Ausnutzung der Torfmoore näher zu treten. Um der Öffentlichkeit rasch einen fühlbaren Nutzen aus der Ausbeutung der Moore zu bringen, war es notwendig, eine dahinzielende Tätigkeit großzügig mit aller tunlichen Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Es wurde daher mit den Ländern, in welchen Torfmoore ihrer Ausbeutung harren, Fühlung genommen und es ist beabsichtigt, mit diesen Ländern ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen zu bilden, in welchem auch der Industrie, landwirtschaftlichen Vereinigungen, Arbeiterkonsumvereinigungen u. a. eine Beteiligung ermöglicht werden soll.

Es sollen die großen Moore in Steiermark, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich soweit möglich sofort, sonst in möglichst kurzer Frist in Ausbeutung genommen werden. Wegen der Beschaffung der hiezu notwendigen Torfbagger sind bereits Schritte unternommen worden.

Die Auseinandersetzung mit den Torfmoorbesitzern soll im gütlichen Wege erfolgen, im Notfalle mit Zuhilfenahme eines Enteignungsgesetzes, dessen Entwurf heute zur Beratung steht.

Alle vorerwähnten Maßnahmen sind jedoch, eine so wertvolle Beihilfe sie auch für die Kohlenversorgung bieten, gleichwohl nicht geeignet, den Kohlenmangel Deutschösterreichs zu beheben. Die einzige Möglichkeit, eine durchgreifende Besserung der Kohlenlage Deutschösterreichs herbeizuführen, liegt ausschließlich in der Steigerung der Einfuhr ausländischer Kohle. Für die Einfuhr kommen in Frage: der Tschecho-slowakische, der Polnische und der Jugoslawische Staat, ferner das Deutsche Reich. Mit allen genannten Staaten haben wir nunmehr nach Überwindung der vielfachen Hemmnisse Verträge auf Kohlenlieferungen geschlossen. Wie ich weiterhin zu berichten Gelegenheit nehmen werde, waren jedoch mit dem Abschluß der Verträge die Schwierigkeiten, die sich der tatsächlichen Einfuhr entgegenstellten, nicht beseitigt.

Was die Lieferungen aus dem Tschecho-slowakischen Staate anbelangt, wurde am 11. Dezember 1918 mit der tschecho-slowakischen Regierung in Prag ein Vertrag auf Belieferung mit Kohle und Koks geschlossen. Nach diesem Vertrage ist aus den einzelnen Revieren des Tschecho-slowakischen Staates ein prozentualer Anteil der Förderung an Deutschösterreich zur Verfügung zu stellen, der annähernd jenem Anteile entspricht, dem die Gebiete Deutschösterreichs auch in früherer Zeit am Bezuge der in Betracht kommenden Kohle beteiligt waren.

Von diesen uns vertragsmäßig zustehenden Mengen konnten wir aber bisher trotz aller Interventionen nur einen Teil jener Mengen erhalten, die für Wien und für die Bahnen bestimmt sind, während für alle anderen Verbraucher Deutschösterreichs, insbesondere für die Industrie, trotz eindringlichster Vorstellungen, eine Belieferung nicht erzielt werden konnte. Aber auch die Mengen, die für die Bahnen und für Wien geliefert wurden, bilden nur einen Teil der für diese im bezeichneten Verträge festgesetzten Mengen. Lediglich die Bahnen erhalten nunmehr die in einer neuen Vereinbarung festgesetzten Mengen im vollen Umfange, während die Belieferung der Stadt Wien nach wie vor äußerst ungünstig ist. Auf diesen Umstand ist es zurückzuführen, daß in Wien immer neue Verschärfungen der Sparmaßnahmen bei Verwendung von Gas und elektrischem

Strom verfügt werden mußten, Einschränkungen, die immer tiefer und einschneidender in das wirtschaftliche Getriebe und in das Leben jeder einzelnen Familie eingriffen.

In besonders kritische Situationen kam die Kohlenversorgung der Stadt Wien in den Monaten Februar und März d. J., als die Prager Regierung die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschösterreich aus Anlaß der Einführung einer Ausfuhrklausel auf die Frachtbriefe sperrte und als sie in der Folge anläßlich der Notenabstempelung die Einfuhr ober-schlesischer Kohle verbot. Wegen Behebung dieser Hemmnisse und wegen Steigerung der Kohleneinfuhr aus dem tschechischen Gebiete habe ich persönlich bei der Regierung in Prag und wiederholt bei den hiesigen Vertretern der Entente interveniert. In der jüngsten Zeit ist die Lieferung der Kohle für die Bahnen und für Wien tatsächlich bereits gestiegen, die Belieferung der Industrie wie überhaupt des übrigen Gebietes Deutschösterreichs mit Kohle aus Böhmen konnte aber bisher trotz aller Bemühungen noch nicht erzielt werden.

Es war in den letzten Wochen notwendig, zu die einschneidendsten Sparmaßnahmen zu greifen, die insbesondere die Wiener Bevölkerung schwer getroffen haben, zu Sparmaßnahmen, die in das wirtschaftliche Leben ungemein tief, ja sogar in das Leben der einzelnen Familien sehr beträchtlich eingegriffen haben, und ich glaube, es ist meine Pflicht, hier der Bevölkerung dafür zu danken, daß sie in Würdigung der schwierigen Verhältnisse diese beispiellosen Bedrückungen mit solcher Geduld und ohne Widerrede ertragen hat.

Mit dem Polnischen Staate wurde gleichfalls ein Vertrag auf Kohlenlieferungen aus dem Dombrowaer Revier geschlossen. In diesem Vertrage wurde, da dem Polnischen Staate ein zu geringer Wagenpark zur Verfügung steht, das Abholen der Kohle mit eigenen Wagen vereinbart. Dies wurde jedoch bisher aus dem Grunde unmöglich, weil zunächst infolge der Kämpfe zwischen den Tschechen und Polen die Eisenbahnstrecke Dzieditz—Oderberg lange Zeit hindurch unfahrbar war und die von uns angestrebte Umleitung der Führung der Kohlenzüge durch deutsches Gebiet infolge des Lokomotivmangels Deutschlands nicht erreicht werden konnte. Gegenwärtig ist die Strecke bereits frei. Wir bedürfen aber zur Beistellung von Wagen nach Polen der Zustimmung der Tschechen, da wir bisher noch einen gemeinsamen Wagenpark besitzen. Von den Tschechen wird aber die Erteilung dieser Bewilligung an die Bedingung geknüpft, daß die Rückleitung der beigeestellten Wagen verläßlich gesichert ist. Wir haben daher bei den hiesigen Vertretern der Entente die Beistellung von Begleitmannschaft für die zu führenden Kohlenzüge erbeten, die uns auch in Aussicht gestellt wurde. Es steht daher die Zustimmung der tschechischen Regierung zur Beistellung von Kohlenwagen in sicherer Aussicht, so daß voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen mit dem Zulaufe der Kohle aus Polen zu rechnen ist.

Kleinere Mengen erhalten wir auch vom Jugoslawischen Staate aus Trifail auf Grund eines mit diesem Staate geschlossenen Kompensationsvertrages. Was die Lieferungen von Kohle aus dem Deutschen Reiche betrifft, ist folgendes zu bemerken:

In Betracht kommt die Kohle aus Oberschlesien und Westfalen. Die Lieferungen aus Westfalen sind nur geringfügig, was einerseits darauf zurückzuführen ist, daß das Saarbecken von Frankreich besetzt und im Ruhrrevier infolge der immerwährenden Ausstandsbewegungen die Kohlenförderung gering ist, wie auch ferner darauf, daß die Rheinschiffahrt, die beim Transport aus diesem Revier hauptsächlich in Frage kommt, gegenwärtig äußerst erschwert ist, während die durch Bayern führenden Bahnen für einen gesteigerten Kohlenverkehr nicht eingerichtet sind.

Die Einlieferung von Kohle aus Oberschlesien war zunächst durch die vielen Arbeiterbewegungen ungünstig beeinflußt, da durch diese die Förderung in diesem Revier von 14.000 Waggons täglich bis auf 2.000 Waggons gesunken ist. Die Situation der Reviere hat sich auch dadurch äußerst ungünstig gestaltet, daß Deutschland verpflichtet war, an

die Entente eine überaus große Zahl von Waggons und Lokomotiven abzuliefern.

Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß das Deutsche Reich trotz besten Willens uns lange Zeit hindurch nicht jene Hilfe gewähren konnte, die wir zur Behebung unserer drückenden Notlage dringend benötigten. Gleichwohl haben die deutschen Regierungsstellen sich nach besten Kräften bemüht, uns zu unterstützen, und haben uns selbst zur Zeit dieser geringen Förderung eine Menge von 1.500 t täglich zur Verfügung gestellt, die nahezu zur Gänze den Bahnen und zum kleineren Teile der Stadt Wien überwiesen wurde.

Die allmähliche Besserung der Situation im ober-schlesischen Revier und die geradezu katastrophale Kohlen-situation in Wien vor zirka 14 Tagen hat mich nun veranlaßt, persönlich neuerliche Verhandlungen mit Berlin wegen einer stärkeren Belieferung Deutschösterreichs aus Oberschlesien mit den maßgebenden deutschen Reichsstellen zu führen. Die Verhandlungen gestalteten sich aus dem Grunde schwierig, weil das Deutsche Reich durch den Verlust des Saarbeckens, durch die Verpflichtung, bedeutende Kohlenmengen an die Entente zu liefern, um hiedurch Devisen für die Bezahlung der von der Entente bezogenen Lebensmittel zu beschaffen, und durch wiederholte Streikbewegungen selbst hinsichtlich der Kohlenversorgung in eine schwere wirtschaftliche Lage geraten ist. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, die ursprünglich in Berlin geführten Verhandlungen in Weimar fortzusetzen und dort dem Reichspräsidenten Ebert und den Mitgliedern des deutschen Kabinetts die schwierige Situation, in der wir uns befinden, eingehend zu schildern. Ich kann hiebei feststellen, daß ich für unsere Lage bei der Reichsregierung vollstes Verständnis gefunden habe und daß es uns nach der Rückkehr nach Berlin bei den Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissär Geheimrat Stutz gelungen ist, eine fixe Vereinbarung dahin zu treffen, daß uns aus den ober-schlesischen Revieren täglich 7.500 t Kohle angeliefert werden, wobei ich vom Reichskohlenkommissär noch die Zusage erhielt, daß er sich nach Tunlichkeit bemühen werde, bei Besserung der Wagenstellung ein über die vereinbarte Menge hinausgehendes Quantum unserer Republik zur Verfügung zu stellen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die deutschen Reichsstellen durchaus Wort gehalten. Die gemachten Zusagen wurden sofort in die Tat umgesetzt und nach den mir zugekommenen Nachrichten werden die vereinbarten Kohlenmengen nicht nur täglich in vollem Maße zur Verladung gebracht, sondern sogar überschritten. Ich bin überzeugt, daß ich mich mit dem hohen Hause eines Sinnes weiß, wenn ich bei diesem Anlasse dem Herrn Reichspräsidenten Ebert, den deutschen Reichsministern und dem Reichskohlenkommissär Geheimrat Stutz für ihr besonderes Entgegenkommen trotz der schwierigen Lage, in der sich auch Deutschland befindet, den wärmsten Dank der deutsch-österreichischen Regierung ausspreche.

In den von mir angegebenen Vertragsmengen sind die Zufuhren, die wir aus Westfalen erhalten, nicht inbegriffen, so daß diese Zufuhren, die allerdings nicht regelmäßig eintreffen, noch ein Superplus bedeuten. Ich hoffe zuversichtlich, daß mit der gesteigerten Kohlenzufuhr aus Oberschlesien nunmehr das kritischste Stadium unserer Kohlenlage behoben ist und sich diese auch infolge der in Kürze zu gewärtigenden Einfuhr aus Polen noch wesentlich verbessern wird. Durch die aus Oberschlesien zur Verfügung gestellten Kohlenmengen sind wir endlich in die Lage versetzt, der leider gänzlich darniederliegenden Industrie wenigstens einigermaßen zu helfen und vorläufig einzelnen besonders wichtigen Betrieben die Wiedereröffnung zu ermöglichen, was vom Standpunkte der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von größter Wichtigkeit erscheint.

Ich habe mich veranlaßt gesehen, zunächst eine entsprechend starke Belieferung der Bauindustrie in Aussicht zu nehmen, um es ihr zu ermöglichen, Ziegel und Zement zu erzeugen. Das Vorhandensein dieser Baumaterialien ermöglicht

die Schaffung einer Reihe von Arbeitsgelegenheiten, erscheint daher als ein besonders geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Ermöglichung des Bauens ist auch ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Von Hochbauten abgesehen, ermöglicht die Verfügung über die nötigen Mengen von Zement die Inangriffnahme einer Reihe von Bauten, die bisher wegen des Mangels an diesem Baumaterial nicht bewirkt werden konnten. Der Staatsrat hat in der früheren Regierungsperiode einen bedeutenden Kredit für die Durchführung von Notstandsbauten vorgesehen. Einer raschen Inangriffnahme der Notstandsbauten stand aber der Mangel an Zement entgegen. Man kann bei Flußregulierungen nicht durch Erdarbeiten große Wunden im Gelände verursachen, ohne gleichzeitig deren Vernarbung durch Mauern, Pflasterungen etc., zu welchen eben Zement erforderlich ist, zu bewirken. Man kann daher auch vielfach nicht an die Nutzbarmachung der Wasserkräfte schreiten, für deren Ausbau das Vorhandensein von Zement eine unerläßliche Voraussetzung bildet.

Selbstverständlich wird es auch nötig sein, die übrigen Industriezweige nach Tunlichkeit mit Kohle für Betriebszwecke zu beliefern und es wird dies insbesondere möglich werden, sobald durch den Einlauf der polnischen Kohle noch eine Verbesserung unserer Kohlenversorgung möglich geworden ist. Es schwebt mir dabei insbesondere vor, die Eisenindustrie wieder in Tätigkeit zu setzen, um solcherart gesuchte Kompensationsartikel, wie z. B. Lokomotiven, als Austauschobjekte für Lebensmittel und verstärkte Kohlenbelieferung zu gewähren.

Nunmehr wird auch die von mir auf moderne kaufmännische Grundlage gestellte, von jedem bürokratischen Zwange freie Organisation meines Kohlenamtes voll zur Geltung kommen. Hierauf wird auch im hohen Maße vorteilhaft einwirken die vor kurzem erfolgte Verbindung des Handelsamtes mit dem Staatsamte für öffentliche Arbeiten, denn durch diese Verbindung ist in mehrfacher Beziehung ein inniger Zusammenhang von bisher in beiden Staatsämtern getrennt behandelten Agenden hergestellt und damit auch unter anderem die im Interesse einer gerechten und zweckmäßigen Aufteilung der Kohle gelegene engste Fühlungnahme mit den industriellen Kreisen geschaffen. Durch eine weitgehende Heranziehung ihrer Vertreter zur Mitarbeit im Kohlenamte soll den Bedürfnissen aller Industriezweige und der einzelnen Betriebe in jeder Weise Rechnung getragen werden und das Kohlenamt hiedurch berufen sein, auch an der Förderung der Industrie mit allen Kräften mitzuwirken.

Nicht zuletzt erscheint es geboten, durch entsprechende Belieferung der Bahnen den total darniederliegenden Eisenbahnverkehr wieder zu heben und durch ehesten Abbau der Sparmaßnahmen die Belastung des Gewerbes und der gesamten Bevölkerung zu beseitigen.

Ich hoffe, durch meine Ausführungen dem hohen Hause die Überzeugung verschafft zu haben, daß trotz seiner unüberwindlicher Schwierigkeiten die Regierung alles vorgekehrt habe, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren wirksam zu begegnen. Ich habe das Empfinden, daß wir den Tiefstand der Kohlenversorgung hinter uns haben und daß es nun bergan geht.

Gesetze und Verordnungen.

Betraugung der Revierbergbeamten in Graz und Leoben mit der Funktion eines Kohlenversorgungsinspektors. (Vollzugsanweisung des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 184.)

In Abänderung der Verordnung vom 11. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 220, betreffend die Bostellung von Kohlenversorgungsinspektoren, werden auf Grund des § 4 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 11. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 216, die Revierbergbeamten in Graz und Leoben rücksichtlich der in ihren Amtsbezirken gelegenen Kohlenbergbaue ab 1. April 1919 mit den Funktionen eines Kohlenversorgungsinspektors betraut.

Anzeige von Drahtseilen und die Regelung des Verkehrs in solchen Seilen. (Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 19. März 1919, St. G. Bl. Nr. 192.)

Auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307, wird vom Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten verordnet, wie folgt:

§ 1. Die Ministerialverordnung vom 30. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 428, über die Anzeige von Drahtseilen und die Regelung des Verkehrs in solchen Seilen, wird außer Kraft gesetzt.

§ 2. Diese Vollzugsanweisung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Bayrisches Gesetz über die Änderung des Berggesetzes. Vom 17. August 1918. (G. V. Bl. 1918, S. 551.)

Mit dem preußischen Berggesetze vom Jahre 1865, das für die meisten Bundesstaaten beispielgebend war, ist im Deutschen Reiche der Grundsatz der allgemeinen Bergbaufreiheit zur Geltung gelangt; es war fortan jedem Bergbaulustigen möglich, auf Grund eines einzigen, oft nur durch

eine Bohrung erzielten Aufschlusses die Verleihung eines ausgedehnten Grubenfeldes zu erwirken.

Wie es auth in Österreich nach dem Inkrafttreten des geltenden allgemeinen Berggesetzes vom Jahre 1854 beobachtet werden konnte, hat die Bergbaufreiheit im Deutschen Reich eine sprunghafte Steigerung der Kohlenproduktion bewirkt; sie bot aber andererseits auch der Spekulation einen willkommenen Angriffspunkt. So haben bald verschiedene Unternehmungen ausgedehnte Kohlenfelder erworben, hievon nur einen geringen Teil in Betrieb gesetzt, den größten Teil aber nur zum Gegenstande von unreellen Kauf- und Verkaufsgeschäften gemacht. Der Handel mit Bergwerkseigentum brachte die wertvolleren Kohlenfelder in die Hände weniger Finanzgruppen und steigerte so den Einfluß dieser letzteren auf die Versorgung des Marktes mit einem der wichtigsten Bedarfsartikel in nicht unbedenklichem Maße. Die Gefahr einer Monopolisierung des Bergbaues wurde noch dadurch verstärkt, daß die in geringer Tiefe vorhandenen Lagerstätten zum größeren Teile bereits aufgeschlossen waren und mit neuen Funden nur auf Grund von Bohrungen in großen Tiefen gerechnet werden konnte, deren Ausführung wieder nur den kapitalkräftigsten Unternehmungen im Vereine mit den zumeist durch Patente geschützten Tiefbohrergesellschaften möglich war.

Diese Verhältnisse haben gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Notwendigkeit vor Augen geführt, zur Sicherung des Marktes mit den notwendigsten Bergbauerzeugnissen und Einhaltung angemessener Preise, den Einfluß des Staates auf den Bergbau insbesondere den Kohlenbergbau zu verstärken.

Daß dieses Ziel nicht, wie es im Deutschen Reich auch versucht wurde, nur durch den Erwerb von Grubenfeldern aus privatem Besitz erreicht werden konnte, lag auf der Hand. Es erschien auch mehr den Grundsätzen einer gesunden Wirtschaftspolitik entsprechend, daß sich der Staat die Gewinnung der für den allgemeinen Bedarf unentbehr-